



Antrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Starkes Bayern – Attraktiver öffentlicher Dienst!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Ein attraktiver öffentlicher Dienst ist das Fundament einer funktionierenden Demokratie. In Bayern erbringen täglich über 776 Tsd. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beim Freistaat und in den Kommunen qualifizierte Arbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie sind es, die unsere Demokratie mit Leben füllen und den Rechtsstaat für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar machen.
2. Statt pauschal Stellen zu streichen und bewährte Arbeitsmodelle zu demontieren, wie von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, muss Bayern im Wettbewerb um die besten Köpfe mit attraktiven Arbeitsbedingungen punkten. Die Anhörung „Öffentlicher Dienst – Nachwuchsinitiative Bayern 2040“ im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im März 2025 hat den Weg aufgezeigt – er muss konsequent beschritten, statt durch kurzsichtige Sparmaßnahmen verbaut zu werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, konstruktiv für die Zukunftsfähigkeit des Freistaates zu arbeiten. Im Einzelnen bedeutet das:

1. Rücknahme der pauschalen Stellenabbaupläne und Entwicklung einer bedarfsorientierten Personalplanung
2. Beibehaltung der bewährten Teilzeitregelungen und Fokussierung auf freiwillige Lösungen
3. Realisierung einer umfassenden „Nachwuchsinitiative Bayern 2040“, damit der Freistaat im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann
4. Aufnahme eines echten Dialogs mit Gewerkschaften und Beamtenbund statt einseitiger Entscheidungen
5. Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt und Verzicht auf Verschlechterungen

Begründung:

Erforderlich ist ein klares Stopp-Signal des Landtags: Bereits am 23. Juli 2025 titelte der Münchener Merkur: „Söder plant weniger Homeoffice und längere Arbeitszeiten in Bayern.“ Anlässlich der CSU-Klausur in Kloster Banz legte der Ministerpräsident Dr. Markus Söder jetzt nochmal nach. Dazu der BR am 24. September 2025: „Söder ist

insbesondere die hohe Teilzeitquote bei Lehrerinnen und Lehrern ein Dorn im Auge.“ Darüber hinaus ist ein Abbau von 10 000 Stellen bis 2040 vorgesehen. Die jüngsten Ankündigungen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder sind geradezu fatal für die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Sie stehen im krassen Widerspruch zu den Erkenntnissen der Anhörung „Öffentlicher Dienst – Nachwuchsinitiative Bayern 2040“ und gefährden die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung.

Widerspruch zur Bundespolitik: Die angekündigten Pläne stehen auch im Widerspruch zum aktuellen Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ zwischen CDU, CSU und SPD, in dem unter der Überschrift „Öffentlichen Dienst attraktiver machen“ explizit „flexiblere Arbeitszeitmodelle“ und „bessere Möglichkeiten für Führen in Teilzeit“ festgelegt sind.

Demografische Herausforderung erfordert moderne Personalpolitik: Der öffentliche Dienst in Bayern steht vor einer der größten demografischen Herausforderungen seiner Geschichte. Bis zum Jahr 2040 wird ein erheblicher Teil der derzeit Beschäftigten – insbesondere aus der Generation der „Babyboomer“ – in den Ruhestand treten. Gleichzeitig sinkt aufgrund des demografischen Wandels die Zahl junger Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dies führt zu einem verschärften Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft. In dieser Situation ist es fahrlässig, bewährte Instrumente der Personalgewinnung und -bindung wie flexible Arbeitsmodelle zu demontieren.

Warnung aus der bayerischen Vergangenheit: Die Geschichte sollte zur Vorsicht mahnen. Der Staatshaushalt 2004 unter Ministerpräsident Edmund Stoiber mit seinen massiven Einschnitten wurde zu einem politischen Desaster. Besonders die Maßnahmen im öffentlichen Dienst – wie die Erhöhung der Arbeitszeit von 40 auf 42 Stunden für Beamtinnen und Beamte ohne Besoldungsausgleich – führten zu erheblichen Protesten und beschädigten das Verhältnis zwischen Staat und seinen Beschäftigten nachhaltig. Diese Politik der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen kostete Ministerpräsident Edmund Stoiber letztendlich 2007 das Amt – und das trotz einer Zweidrittelmehrheit der CSU im Landtag nach der Landtagswahl 2003.

Der öffentliche Dienst als gesellschaftlicher Grundpfeiler: Er leistet täglich qualifizierte Arbeit in Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Verwaltung für die Menschen und damit insgesamt für den Standort Bayern und die Demokratie in Bayern. Der Freistaat braucht einen starken öffentlichen Dienst!